

Entscheidung für AKW-Abfälle kommt 2019

Es ist kein Atommüll, aber Ängste und Widerstand sind groß. Einige zehntausend Tonnen Material aus dem künftigen Abriss von Atomkraftwerken müssen auf Deponien gelagert werden. Wo das im Norden passieren wird, ist offen. Aber die Entscheidung rückt näher.

DEPONIE

Wolfgang Schmidt

dpa

Kiel. Die Entscheidung über einen Deponiestandort für bestimmte Abfälle aus dem geplanten Abriss der Atomkraftwerke in Schleswig-Holstein fällt voraussichtlich in der zweiten Hälfte nächsten Jahres. Dies signalisierte Energieminister Robert Habeck (Grüne) am Mittwoch in Kiel. Es geht nicht um Atommüll, sondern um sogenanntes freigemessenes Material: Es ist nur sehr gering radioaktiv, darf aber nicht recycelt werden. Mineralwolle gehört dazu, Isolierungen, asbesthaltige Dachverkleidungen, Straßenaufbruch und Bauschutt, der nicht zur Wiederverwertung geeignet ist. Dennoch haben Gemeinden mit Deponien die Aufnahme bisher strikt abgelehnt.

Es gebe emotionale Angespanntheit, Sorgen und Ängste, sagte Habeck. Der von ihm angestoßene Dialogprozess war gescheitert. Am Ende habe es auch viele Beschimpfungen und Verletzungen gegeben. Jetzt werden Sachverständige die grundsätzlich infrage kommenden sieben Deponien im Land prüfen. Das Ergebnis solle Ende des Jahres vorliegen, sagte Habeck. Die Standortentscheidung werde sechs bis neun Monate danach fallen. Theoretisch könnten die Abfälle auch außerhalb des Landes gelagert werden, aber das Problem soll nicht abgewälzt werden.

Zur Dimension: Über einen Zeitraum von wohl 10 bis 15 Jahren sind



Georg Bacmeister, Leiter des Bereichs Entsorgung, im Atomkraftwerk in Brunsbüttel an einer Freimessanlage für Material das aus dem Kraftwerk nach Außen gelangen soll. Foto: Carsten Rehder, dpa

bis zu 50.000 Tonnen zu entsorgen. Im Fall des Akw Brunsbüttel, dessen Rückbau zuerst genehmigt werden soll, betrifft das schätzungsweise 9000 von insgesamt 300.000 Tonnen Material, das beim Abriss anfallen wird. Zum Vergleich: Die Deponien im Land nehmen insgesamt jedes Jahr rund 750.000 Tonnen auf.

Zwei Jahre lang hatten das Ministerium, Umweltverbände, Deponiebetreiber, Kommunale Landesverbände und die Betreiber kerntechnischer Anlagen über die Entsorgung beraten. Jetzt liegt ein gemeinsamer Bericht vor. In mehreren Punkten

nimmt der Umweltverband BUND Positionen ein, die von der Mehrheitsmeinung abweichen.

Vom Tisch sind laut Habeck mehrere Optionen wie ein sogenannter sicherer Einschluss der Kraftwerke und die Errichtung eines besonderen Endlagers für »freigemessene« Stoffe. Diese dürfen nach bisherigem Stand eine maximale Reststrahlung von zehn Mikrosievert im Jahr aufweisen. Die natürliche Strahlenbelastung in Deutschland beträgt im Durchschnitt 2100 Mikrosievert. Dennoch akzeptiert der BUND das Zehn-Mikrosievert-Konzept nicht.

RESUME

Beslutning om atomaffald i 2019

Afgørelsen for, hvor bestemte slags affald fra den planlagte nedrivning af atomkraftværker i Slesvig-Holsten skal placeres, bliver sandsynligvis truffet i anden halvdel af næste år, forlød det fra energiminister Robert Habeck (De Grønne) i onsdags i Kiel.

Det drejer sig ikke om atomaffald, men om såkaldt frimålt materiale: Det er kun meget lidt radioaktivt, men det må ikke genanvendes. Nu skal eksperterne kontrollere de syv affaldsdeponier, der grundlæggende anses for at være velegnede til at modtage affaldet. Resultatet vil foreligge i slutningen af næste år, siger Habeck.

»Wir lehnen die Freigabe von radioaktiven Stoffen aus dem Betrieb der Atomanlagen ab, auch wenn diese nur sehr schwach strahlen«, sagte Landesgeschäftsführer Ole Eggers. Der Strahlenschutz von Bevölkerung und Umwelt gehe vor. Alternative Konzepte zur Deponierung seien nicht ernsthaft geprüft worden.

Vattenfall-Vertreter Christian Seyfert zeigte sich zuversichtlich, dass der Abriss seiner Kraftwerke Brunsbüttel und Krümmel genehmigt wird. Der Betreiber wolle sie komplett »bis zur grünen Wiese zurückbauen«. Die Landesvorsitzende der Entsorgungswirtschaft, Lys Birgit Zorn, wünschte sich von den Betreibern genaue Angaben darüber, wie ein Kraftwerksabbau laufen wird. Die Deponien wollten wissen, was wann anfällt, wann zum Beispiel mit größeren Betonmengen zu rechnen ist.

Als grundsätzlich geeignet gelten im Land sieben Deponien in den

Kreisen Ostholstein (Gremersdorf), Schleswig-Flensburg (Harrislee), Segeberg (Großenaspe, Damsdorf/Tensfeld), Herzogtum Lauenburg (Wiershop) und Rendsburg-Eckernförde (Schönwohld) sowie in Lübeck (Niemark).

Habeck zeigte sich zufrieden, dass es der Arbeitsgruppe noch innerhalb seiner - Ende August auslaufenden - Amtszeit gelungen sei, weitgehende Einigkeit zu erzielen. »So kann ein großer politischer Konflikt vielleicht doch noch befriedet werden.« Die Zeit dränge auch, da mit Brokdorf bis Ende 2021 das letzte Akw im Land vom Netz gegangen sein werde. Krümmel und Brunsbüttel sind schon seit elf Jahren fast durchweg abgeschaltet. »Der Rückbau der Atomkraftwerke in Schleswig-Holstein nimmt Fahrt auf«, sagte Habeck. Die Genehmigung für den Abriss des Akw Brunsbüttel wird noch in diesem Jahr erwartet.